

Volksstimme

(Halberkänder Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezahlpreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Porto, bei Selbstabholung 100 Mark. Ergeben möglichst frühzeitig und am liebsten am 1. März und 1. September. Abstellungen werden in der Geschäftsstelle, von untern Seiten u. Agenturen entgegengenommen. Bestellungen u. Druckerei: Schulze, Postfach 214, Wernigerode. Druckerei: Schulze, Postfach 214, Wernigerode. Druckerei: Schulze, Postfach 214, Wernigerode. Druckerei: Schulze, Postfach 214, Wernigerode.

Anzeigenpreis die achtzeilige Spaltenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Nebenzeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Übernahme nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Sonntag 45 Pfennig (Postfach 214, Wernigerode). Abgehend 40 Pfennig und Selbstabholung (Zeitungsbüro) Wernigerode. Druckerei: Schulze, Postfach 214, Wernigerode.

Nr. 149.

Mittwoch, 29. Juni 1927.

2. Jahrgang.

Der Fall Arensdorf.

In Arensdorf im Kreise Zeitz hat, wie wir gestern berichteten, ein Vernehmungsverfahren und hinterher ein Reichsanwaltschaftsverfahren erfolgt und 10 andere verurteilt. Es kann sein, daß noch einer der Verurteilten an den Folgen des Schusses sterben wird. Es war ein wohlüberlegter Mordfall von Stahlfabrikanten und Werkschülern, die sich auf das Reichsanwaltschaftsamt in Landfriedensbruch, dazu Witz, wie er im Buche steht.

War der Mörder? Was hat er getan? Wer ist unter schwerer Anklage für ein Verbrechen, und er die ganze Strafe des Gesetzes fassen? Er tötet und tötet Kameraden die jetzt seinen Überfall haben es vorher nicht geglaubt, und ob sie es jetzt glauben werden? Denn diese Überfälle erfolgen aus dem Bewußtsein heraus: Es kann mir ja nichts geschehen! Es kann mir nichts geschehen, denn für die republikanische Justiz sind die Reichsanwaltschaftsamt Freimüll.

Das ist die allgemeine Bedeutung der Tat von Arensdorf: die große Organisation, deren Ziel die Ausbreitung des republikanischen Gedankens, der Schuß der republikanischen Verfassung ist, genügt nicht dem Schuß der Gesetzgebung gegen ähnlich feige Überfälle von antirepublikanischen, staatsfeindlichen, psychischen Verbänden. Die Reichsanwaltschaft, die trotz der Farben der Republik, die verfallenen Reichsanwaltschaften durch die Städte und Dörfer tragen, müssen damit rechnen, daß sie ähnlichen feigen Überfällen preisgegeben sind, und daß überhaupt die Justiz der Republik noch den Versuch unternimmt, die Täter zu bestrafen und die Spitze der Rechtsprechung gegen das Reichsanwaltschaftsamt zu richten.

Dort im Kreise Zeitz, in dem diese Mordtat geschehen ist, ist der Sitz einer Mitternachtsgesellschaft und ehemaliger Offiziere, die Geldgeber und Drahtzieher der rechtsradikalen Verbände sind. Dort wird die landwirtschaftliche Bevölkerung durch unerbittlichen Terror zu Stahlfabrikanten und Werkschülern. Dort blüht die Feinde gegen die Republik, dort wird Schmaragdgold in den Schmutz gewaschen. Dort stehen die Mitternachtsgesellschaft auf das Reichsanwaltschaftsamt vorberichtet. Es ist nicht bloß der Feind, der aus Wut gegen Republikanismus greift, ohne die rechtlichen Folgen im Auge zu fassen. Man weiß dort, daß man Gleichgewicht in der Justiz findet, die alles Mögliche aufweisen werden, um rechtsradikale Täter zu bestrafen und zu entführen.

Die politische Verwaltung hat nach der Tat von Arensdorf sofort das Amt gelöst. Der Täter und zwei der rechtsradikalen Protagonisten sind verhaftet worden. Nach in der Nacht ist der Landfriedensbruch festgestellt worden. Am anderen Tage ist das Dorf Arensdorf in größtmöglicher Weise nach Waffen und sonstigen Sprengstoff durchsucht worden.

Dann beginnt die Aufgabe der Justiz. Sie beginnt mit einem Akt, der bei allen Republikanern Empörung und Entrüstung hervorgerufen wird. Die beiden verhafteten Protagonisten, die den Überfall auf die Reichsanwaltschaft eingeleitet haben, sind zum Untersuchungsrichter

wieder aus der Haft entlassen worden.

Welches Wohlwollen der Justiz gegenüber rechtsradikalen Landfriedensbrechern! Waren es Reichsanwaltschaftsamt geworden mehrere Monate Untersuchungsrichter wäre ihnen lieber. Es geht schon wieder los! Diese Haltung des Untersuchungsrichters ist ein kennzeichnendes Merkmal für den kommenden Abbruch des Verbrechens von Arensdorf.

Hand in Hand mit dieser Justiz arbeitet die rechtsradikale Presse. Der Mörder ist ein Linienzeichnungsingenieur, der aus Wut gehandelt hat. Natürlich hat er auf eigene Faust geschossen — obgleich das ganze Dorf den Überfall systematisch vorbereitet hat. Am Dorfe Arensdorf, in fast man in der ganzen nationalen Presse, mochten überhaupt nur sehr feierliche Worte. So feierliche Worte, daß sie bereits im vergangenen Jahre einen Überfall auf Reichsanwaltschaft organisiert und durchgeführt haben. In Arensdorf und in der ganzen staatsfeindlichen und gemeingefährlichen Gegend wird man heute wieder höhnisch sagen: Uns geschieht nichts.

Es ist deshalb republikanische Pflicht, mit Fingern auf die Schuldigen an dieser Mordtat zu zeigen. Eine Drahtzieher der rechtsradikalen Verbände im Kreise Zeitz, sie sind die Hintermänner des Verbrechens. Die intellektuelle Schuld aber trägt die politische Justiz. Eine Justiz, die immer dann, wenn Reichsanwaltschaft gegen ähnliche Überfälle zur Selbsthilfe greifen, unerbittlich partei Mord an Landfriedensbrechern fällt, die aber beide Augen zudrückt, wenn rechtsradikale Verbrecher sich schwerer strafbarer Handlungen schuldig machen. Eine Justiz, die den Stahlfabrikanten Magiera in Breslau freigesprochen hat, als er den Reichsanwaltschaften Doktor vollständig erschossen hat. Diese Worte von Rechtsprechung wirkt wie Vereinnahmung und Zustimmung für rechtsradikale Verbände in ihrem verbrecherischen, mit Waffengewalt geführten Kampf gegen das Reichsanwaltschaftsamt.

Der Anwalt Schmeyer in Arensdorf, der die schändliche Schütze abgefeuert hat, soll unzurechnungsfähig sein. Er hat den Angeklagten, er pocht auf den § 51: „Es kann mir nichts geschehen“. Er braucht nicht auf den § 51 zu pochen — er hat für sich die Zensur einer gewissen Sorte von Justiz in der deutschen Republik.

Dieser Fall Arensdorf muß der Ausgangspunkt einer von Entrüstung und Empörung getragenen Bewegung gegen die unerbittliche Vereinnahmung der politischen Justiz gegenüber rechtsradikalen Verbrechern werden. Das Reichsanwaltschaftsamt will länger freimüßig sein für völlige Mordtaten und rechtsradikale Mordtaten!

Sozialdemokratische Maßnahmen.

Die Abgeordneten Ludwig und Wels vom sozialdemokratischen Parteivorstand waren am Montag vormittag bei dem preussischen Innenminister Orszynski, um ihm über die angeordnete Erregung Mitteilung zu machen. Die nicht nur in den Kreisen des Reichsanwaltschaftsamt, sondern in der gesamten Arbeiterschaft herrscht über die Unfähigkeit der öffentlichen Wege selbst in der Umgebung Berlins, sobald Republikaner zu zeigen, die Farben der Republik öffentlich zu zeigen. Die Vorgänge in Arensdorf, die sich als glatter Mord darstellen, hätten leicht dazu führen können, daß die vielen Tausenden in Frankfurt verammelten Reichsanwaltschaften zur Selbsthilfe gezwungen hätten. Es ist nur den vereinten Bemühungen der verantwortlichen Verbänden des Reichsanwaltschaftsamt und auch ihrer Einwirkung gelungen, Beteiligungen, die leicht katastrophale Folgen hätten haben können, zu verhindern.

Der Minister teilte mit, daß er die strengste Untersuchung angeordnet habe und dafür Sorge tragen werde, daß die gerichtlichen Verhältnisse, soweit irgendmöglich, beiläufig würden. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags wird in der Angelegenheit im Landtage sofort interpellieren.

Nationale Völkervereinigung.

Berlin, 28. Juni. (Gig. Funken). Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Dienstag-Morgen-Ausgabe unter der Überschrift: „Die rote Handlung“ eine Zuschrift, gezeichnet von A. Lorenz (des. Schulze von Arensdorf) die eine von Seiten und Reichsanwaltschaften, freilich der Reichsanwaltschaften enthält. Einmal uninformierte Anhänger vaterländischer Verbände, heißt es da, gerieten mit hinter einem Lastwagen fahrenden Radfahrer in Wortwechsel und ins Handgemachte und wurden von der Lebermacht der vom Lastwagen absteigenden Reichsanwaltschaften gefolgt und veroligt. Diese Zuschrift des Juniors von Arensdorf schließt: „Wir hoffen, daß dieser traurige Vorfall endlich Veranlassung zu Maßnahmen geben möge, daß die Bevölkerung aus dem Vorkommnis das Gerechtigkeitssinn von außen kommender radikaler Elemente preisgegeben wird.“

Was aber behauptet die „Deutsche Zeitung“? „Es ist festgestellt worden, daß in Arensdorf die Reichsanwaltschaften in überwältigender Überzahl Dorfbewohner angegriffen, mit Säcken und anderen Gegenständen gefolgt haben.“ Die vollendete Verbrechen der Lastwagen ist also bereits fertig.

Auch die „Deutsche Zeitung“ gibt eine Darstellung der Sanktion des „Bewolfs“ unter der verlassenen Überschrift: „Reichsanwaltschaften überfall auf die Dorfbewohner.“ Dabei findet sich selbst in diesem Bericht der Satz: „Gegen 8 Uhr gerieten drei uninformierte Angehörige des Bewolfs mit hinter einem Lastwagen fahrenden Radfahrer in einen Wortwechsel und gleich darauf in ein Handgemachte.“

Buchschulordnung und Putschistenpensionen.

Ein inhaltreiche Reichstagsverhandlung.

Am Mittelpunkt der Reichstagsdebatte vom Montag stand die zweite und letzte Beratung des Gesetzesentwurfes zur

Änderung der Buchschulordnung.

Diese Angelegenheit betrifft 2-21/2 Millionen Kleinrentner. Die Reichsanwaltschaften, die sich bei der Behandlung dieser Frage, daß es die als bauerntümliche verlorne Sozialdemokratie ist, die

für die Kleinrentner

eintritt, während diejenigen Parteien, die sich als landwirtschaftlich-freundlich gebären, unter landwirtschaftliche Interessen nur großräumliche und großagrarische Belange verfolgen. Es handelt sich darum, daß nach dem Wunsch der Regierungsparteien die jetzt bestehende Buchschulordnung um zwei Jahre verlängert wird. Die Sozialdemokratie verlangt, daß der Buchschul nicht nur auf zwei weitere Jahre ausgedehnt werde, sondern Dauerrecht erhalte.

Was unklar die bürgerlichen Parteien in Sachen des Buchschulgesetzes sind, geht daraus hervor, daß die Regierung Luther auf Grund des Ermächtigungsgesetzes seinerzeit die Buchschulordnung aufgehoben hat, weil diese in den Zeiten der stabilen Währung angeblich nicht mehr notwendig sei. Schon am 1. Oktober 1925 aber mußte die Buchschulordnung wieder eingeführt werden. Alle Verträge aber, die in der Zwischenzeit abgeschlossen sind, unterliegen nicht der Buchschulordnung, indem ein ganz einheitliches Recht vorhanden ist. Schätzliche Bücher haben damals

Buchverträge auf Grund des Roggenpreises abgeschlossen. Der Roggenpreis ist aber umgefallen um 100 Prozent gefallen und die Bücher haben also jetzt eine doppelt so hohe Buchschul zu entrichten als sie früher für den Boden in Aussicht genommen haben. Die Sozialdemokratie verlangt, daß die in jener Zwischenzeit abgeschlossenen Verträge ebenfalls dem Buchschul unterstellt werden sollen.

Unser Standpunkt derart wünschenswert der Abgeordnete Tempel. Er wurde in wesentlichen Fragen unterstützt von dem Abgeordneten Rönneburg (Dem) und dem kommunistischen

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Im letzten Monat wieder um fast 17 Prozent.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Juni 1927 rund 598 000 (männlich 450 000, weiblich 148 000) gegenüber rund 648 000 (männlich 523 000, weiblich 125 000) am 1. Juni 1927 und 743 000 (männlich 603 000, weiblich 140 000) am 15. Mai 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1927 beträgt also rund 50 000 gleich 7,7 Prozent. Die Zahl der Zulageempfänger (unterstützungsbedürftige Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 726 000 auf 664 000 gesunken.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krüsenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 zurückgegangen und zwar um weitaus mehr als 15 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juni 1927 rund 208 000 (männlich 167 000, weiblich 41 000) gegenüber 226 000 (männlich 182 000, weiblich 44 000) am 15. Mai 1927.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 von 969 000 auf 866 000, also um rund 103 000 gleich 10,6 Prozent verringert.

Die neue Gewerbeordnung.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung soll nach im Laufe dieses Jahres dem Reichstag zugehen. Anzweifeln werden die Vorarbeiten für eine Umgestaltung der gesamten Gewerbeordnung, die aus dem Jahre 1869 stammt, eifrig fortgesetzt. Die Ausarbeitung einer neuen Gewerbeordnung wird aber erst nach Abschließung des Arbeitslosengesetzes, des Berufsausbildungsgesetzes und des Schantfahrgesetzes durch die zugehörigen Körperstellen erfolgen, da in diesen Entwürfen die wichtigsten Fragen des gesetzlichen Arbeitsschutzes, der Berufsausbildung und des Konsumtionswesens für Schantfahrgesetze vorweg geregelt werden sollen.

Die Novelle zur Gewerbeordnung bringt die Neuordnung einer ganzen Reihe von Bestimmungen der Gewerbeordnung. Das Prinzip der erlaubnislosen Verleitung von Druckverletern für Bücher zu geschäftlichen Bürgerstellen soll auch auf die Verletern des Reichsanwaltschaften und auf den Volkstümlichkeit gesetzlich ausgedehnt werden. Ferner sollen Gewerbebetriebe, die bisher völlig frei waren, unter bestimmten Voraussetzungen, wegen Mangels an Zuverlässigkeit unterlag werden können. Endlich enthält die Novelle Vorschriften über Fragen, die bisher überhaupt nicht in der Gewerbeordnung geregelt waren. Neue Bestimmungen sind für Gewerbebetriebe im Umbergeben (Händlerhandel in Stadt und Land) vorgesehen. Endlich soll das Wirt- und Ausstellungswesen eine völlige Umgestaltung erfahren.

Abgeordnete Papp. Die Regierungsparteien mochten überhaupt nicht zu dieser Frage zu sprechen, weil sie gegenüber den Wählern ein sehr schlechtes Gewissen haben. Die Sozialdemokratie verlangt namentlich die Abkündigung, um vor dem Lande festzustellen, was die Forderungen der Wähler wiederfinden.

Es ergab sich, daß die sozialdemokratischen parteifreundlichen Anträge mit 180 Stimmen der Regierungsparteien gegen 155 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt wurden. Neun bürgerliche Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Charakteristisch ist, daß auch drei Nationalsozialistischer Dietrich (Prenten), Feder und Graf zu Rechenow gegen die Wähler ihre Stimme abgaben und sich als Vertreter großbürgerlicher Interessen zeigten.

Einige Verträge hielten sich der Bürgerliste dann bei der Beratung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzes über

Kürzung der Verpflegungsbeträge

und Änderung des Republikantengesetzes. Der sozialdemokratische Abgeordnete Rönneburg machte in endloser Reihe die Putschisten Pensionen, die trotz ihres Höhepunktes noch heute hohe Pensionen der Republik

beziehen.

Traugott u. Jago, der wegen Wehrpflicht zum Hochverrat zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, hat Klage auf Zahlung von Pension aus seiner früheren Stellung als Berliner Polizeipräsident angebracht. Bis jetzt beim Reichsgericht. General von Gültlich, Reichsanwaltschaftsamt und Oberbefehlshaber während des Kapp-Zuges erhielt eine Pension von 18 000 M. Kapitän Ehrhardt ist mit voller Gehalts Pension entlassen worden, er bezieht mehrere tausend Mark im Jahre. Hauptmann Pabst, der persönliche Adjutant Kapps bezieht rund 4500 M. Oberst Bauer eine führende Persönlichkeiten beim Kapp-Zug rund 9000 bis 10 000 Mark jährlich. General v. Wittmann-Borbeck, gegen den ein Verurteilten eingestuft worden ist, erhält 18 000 M. Die Frau des Putschisten

eine schmale Mondstichel erscheinen und unbedeutend bleiben. Dann gleitet die Mondstichel wieder nach rechts ab und verläßt schließlich den linken Rand, mit diesem Zuge in die verneigte Sonnenfläche zu gehen, dann auch bei völliger Verneigung ist die Überlieferung an den Seiten so stark, daß eine empfindliche Schädigung der Stützen eintreten kann. Es ist eigentlich ein astronomischer Witz, daß die Natur in diesem Gemälde der Sonnenverneigung noch extra eine Sonnenfinsternis angehängt hat. So was brauchen wir nicht garnicht mehr, und nachdem die Sonne astronomisch ganz ihre letzte Verneigung machen erlassen hat, beginnt sie nun übermorgen an gereinigt und schärfer als je zu strahlen und läßt damit endlich den Sommer anfangen.

Die Entwicklung der Steinindustrie.

Die von der SPD, Bezirk Halle, einberufene Parteiverammlung hat von den Steinarbeitern recht gut gehört. Gen. Bopp sprach über die Entwicklung der Steinindustrie, insbesondere im Bernburger Kreis. Die wirtschaftliche Struktur unseres Bezirkes hat sich in den letzten 15 Jahren drei Mal wesentlich geändert. An der Vorkriegszeit waren in den wichtigsten Betrieben in unserm engeren Heimat 3200 Arbeiter und 3000 Frauen beschäftigt. Die Zahl der Metallarbeiter hatte sich bis zum Jahre 1923 gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht. Neu aufblühte eine Schokoladenindustrie, während die Steinindustrie zurückging und die Granitindustrie fast vollständig stilllag. Trotzdem ist nach dem Krieg die Gesamtzahl der Beschäftigten auf über 4000 gestiegen. In der Randindustrie waren 1923 450 freiberufliche Arbeiter tätig, darunter 250 Ausländer, deren Zahl noch dem Jahre 1923 auf 140 herabfiel. Heute leben wir in einer neuen Weltwirtschaft. In der Metallindustrie sind heute nur noch 800 Arbeiter beschäftigt. Die Gewerkschaft in unserem Bezirk ist im das Maß der Beschäftigung als in anderen Bezirken. Wenn in anderen Orten auf 1000 Einwohner 8-10 Erwerbslose kamen, so waren es bei uns 40-50. Die Holzindustrie spielt jetzt ihren normalen Stand wieder erreicht zu haben. Die Bauarbeiter sind zurzeit gut beschäftigt. Die Schokoladenindustrie aber beschäftigt nur noch ein Drittel der früheren Beschäftigten. Die Papierindustrie befehlt sich ebenfalls wieder. In der Holzindustrie sind gegenwärtig 200 männliche einheimische Arbeiter tätig. Durch die Stilllegung des Kupferwerkes ist die Arbeit sehr schwer betroffen. Aber auch der Holzhandel ist in unserm Bezirke in ein getrieben, die Fremdenindustrie wendet zu entwickeln.

In der Steinindustrie hat die Zahl der Beschäftigten die Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht. Es fehlte in diesem Bezirk fast vollständig der Nachdruck. Auf etwa 10 Schloßfertigungen sind im Jahr 2 Steinmetzleistungen. Daran muß die Bevölkerung sich umstellen. Während im Bezirk die Metallindustrie zurückgeht, zeigt die Entwicklung, daß die Granitindustrie eine Zukunft bei uns hat. Wohnungsbau und vor allem der Straßenbau fordern in der nächsten Zeit viel Baumaterial, so daß der Steinindustrie große Aufträge zufließen dürften. In Deutschland haben wir nur 6 Granitwerke. Daneben einige wenige, die Marmorsteine herstellen. Das Vorkriegsgebiet hätte einen viel größeren Bedarf, wenn die Verkehrsverhältnisse besser wären. Bei den anderen Granitgebieten ist der Wasserweg so günstig und billig, daß sie mit Rechtigkeit erfolgreich konkurrieren können. Das hindert natürlich die Entwicklung dieser Industrie in unserm Gebiet sehr. Es könnte sich hier sicherlich ein großer Teil der Erzeugnisse hier einbringen lassen.

In der Auswanderung zum Ausdruck, daß die Spigen der Gewerkschaften auf diesen Gebieten sehr verlagert haben. Durch die rasche Entwicklung eigener Industrie sind hier viel Familien von auswärts zugezogen, so daß die Lage der einheimischen Arbeiter verschlechtert wurde.

Allgemein wurde gewünscht, daß Stadtverordneten und Steinbauergewerkschaft und die Innungsbüro der Granitindustrie zusammen arbeiten, um zu versuchen, diesen Industriezweig zu härtester Entwicklung zu treiben und so der einheimischen Arbeiter eine dauernde Beschäftigung zu sichern.

Im hübsigen Zustand aufgefunden wurde von Fremden am 26. d. Mis. ein junges Mädchen im Schiffergrund. Es war gänzlich ohne Nahrung und Ausweispapiere. Die Angaben des Mädchens mußten einer Nachprüfung unterzogen werden. Es wurde in Schloßberg genommen.

Stadterweiterungsplanung. Am heute um 5 Uhr begannen die Sitzung der Stadtverordneten ist eine umfangreiche Tagesordnung mit 25 Punkten zu erledigen. Dabei wurden einige Punkte zu einer eingehenden Aussprache Anlass geben. Freilich steht, ob diese lange Tagesordnung überhaupt ohne Dauerlösung bis zum frühen Morgen erledigt werden kann. Es ist also mit einer Vertagung zu rechnen.

Frau Frida Sonntag-Schütz, die Verfasserin des reizenden Buches „Du kleine traute Mädchenwelt“ kehrt wieder einmal in ihren lieben Bernburger ein und nahm wie früher im Kurhotel Lindenbergs Wohnung. Die Kurverwaltung ließ ihr als Willkom-

men groß und Zeichen ihrer Dankbarkeit einen prächtigen Strauß. Dieser stellt einem Dutzendigen Strauß überreichen. Unter Konstantin-Dorchester erhalte heute morgen die Dichterin mit einigen ausserordentlich musikalischen Darbietungen.

Die Wohnungen der Stadt. Die Stadt hat Mietwohnungen gebaut und zwar am Bekantener-Berg. Das ist ein sehr sehr feines, und wenn man die beiden Wohnhäuser von außen betrachtet, so könnte man meinen, sie seien Muster für eine städtische Wohnungsvorlage. Zimmer und Fluren haben Parkettboden, Wasser und Gas sind im Haus usw. Aber trotzdem mildern diese neuen Wohnungen nicht die Wohnungsnot, sondern verlagern sie nach oben. Das soll man dazu sagen, wenn man erzählt, daß in einer einzigen Straße von 420 auf 300 m eine lebensfähige Familie wohnt, schlafen, kochen und essen muß? Genaß ist das nicht in beiden Häusern überall so, aber immerhin sind hier 22 Familien untergebracht. Sollte das nicht jede Wohnung mindestens 2 Räume haben? Sollte nicht jede Familie ihre eigenen abgetragenen Bodenmatten und ebenfalls Kellerräume erhalten? Uns scheint, das seien Mindestforderungen, die man auch an die geringste Wohnung stellen kann. Wie sind ja ferner noch nicht so weit, jeder Familie ein eigenes Haus bauen zu können. Aber deswegen ist es noch lange nicht notwendig, daß neue Mehrfamilienhäuser gebaut werden. Im wahrsten Sinne des Wortes werden müssen. Es wäre notwendig, daß im Stadtparlament einmal diese Angelegenheit zur Sprache käme und für die Zukunft einen festen Wohnungsbauplan zu verabschieden.

Arbeiter-Samariter. Spenden für die Arbeiter-Samariter. Diese Untänkung bewirkt, daß mancher Sonntagspaziergänger sich nicht der Notwendigkeit erzieht, auch sein beschicktes Egerlein den Samaritern zu überweisen. Bei der Willkür am Sonntag-Wenig der aufgeschickten Großstadt, die ihre Sammelstellen zu danken waren. — An alle diejenigen, die ihren Obdank noch nicht geopfert haben, ergoht die Mahnung, dies bestimmt noch nachzuholen. Denn wer hier gibt, der gibt doppelt.

Selbstmord. Zu dem in Nr. 145 d. Jg. gemeldeten Selbstmord des Will G. aus der Schloßstraße wird uns vom Vater geschrieben: Will G. war bis zum vorigen Jahre auf der Barmark als Antreiber beschäftigt, wurde dann durch die geschäftlichen Verhältnisse dort arbeitslos und konnte wie sonstige keine andere Arbeit erhalten. Es wurde ihm jetzt vom Arbeitsamt ein Arbeit bei der Maschinen-Verwaltung der Eisenbahn nachgewiesen. Diese mußte er annehmen, um nicht auch noch den Anspruch auf Unterstützung zu verlieren und als arbeitslos verzeichnet zu werden. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei dieser Beschäftigung sind aber derart, daß sie für diejenigen, die nicht noch anderweitige Unterhaltsmöglichkeiten haben, entweder durch Unterbringung bei den Eltern oder Nebenverdiensten, untragbar sind. Es wird ein Stundenlohn von 44 Pf. gezahlt. Die Arbeit, die aus den weiten Arbeitsstellen bis hoch ins Gebirge führt, erfordert an Bedarf an Arbeitsmitteln, Schweißgas und Kohlen ein solches Ausmaß, daß ein Mensch mit diesem hohen Lohn nicht auskommen kann. Diese Erkenntnis, sowie körperliche Unfitte mangel, verbunden mit der tatsächlichen, nicht finanzierten Krankheit, haben bei Will G. die seelische Depression herbeigeführt, die ihn die unheimliche Waffe in die Hand wand. Will G. konnte unter diesen miserablen Lohnverhältnissen nicht bestehen, er wollte mit voller Zustimmung seines Vaters verziehen, auswärts andere Arbeit suchen, es hat ihn vielleicht gedrückt in dieser Zeit auch noch das Uebel der Randbreite zu treffen. Es wurde ihm ein solches Verlangen nicht zur Befriedigung. Er wurde in der Dypfer Straße in Bernburg, die den einen in den Händen der Rand-Unter-Bernburger Eisenbahn allen Geplüß der Kurorte entgegengeführt und den anderen elend an der Straße verlegen läßt.

Rund um den Berg. Das städtische Verkehrsamt veranstaltet am Mittwoch eine weitere Rundfahrt, um die Schönheiten des Berges kennen zu lernen. Abfahrt ist Mittwoch, 6.30 Uhr. Bernburger, Stolberg, Kapfaffen, Schloß Heimstedt, Wilsdorf Tal, Benediktenstein, Bernburger. Preis 12 Mark. — Abfahrtsstelle: Mittelaltpark.

Johannistag der Bernburger. Trostlos und bitterböses Gefühl nach dem seine Schwestern und seine Stunde auf Tage aber keine Zeit öffnete, hatte es sich der Ortsleiter der Bernburger Buchdrucker nicht nehmen lassen, sein Johannistag auf dem Bucherwege zu feiern. Mit Musik zogen sie, unbetreit durch das Wetter, durch das schöne Mühlental, um nach einheimischfindigem Werk die göstliche Stätte zu erreichen. Nach einer Einnahme eines „heßen Schälchens“ entwickelte sich bald ein reges Leben. Man muß schon sagen, daß es die Buchdrucker verstehen, feste zu arrangieren und ihre Wille auf das angenehme unterhalten. Hier gab es ein Preisrichter für Heren, dort fand ein Preisrichter für Frauen statt, während sich andere Kollegen bemühten, die lieben Damen auf das beste zu unterhalten. Große Heiterkeit löste ein Stimmengewinn aus, bei dem man die Beobachtung machen konnte, daß es noch alle Damen gibt, die, trotzdem sie das „schlechte“ schon lange übergriffen, mit der Jugend um die Wette laufen. Für Siegerinnen und Sieger waren sinnige Preise gestiftet, die der Vorsitzende nach Schluß der Wettkämpfe mit launigen Worten, die teilweise stürmische Heiterkeit erregten, über-

reichte. Nach dem übrigen Abgehen einiger gemeinschaftlicher Lieber und einer Ansprache des Vorsitzenden, in der er auf die Bedeutung der Gründung der Buchdrucker durch ihren Altmeister Odenberg und ihren Einfluß auf die Entwicklung der Menschheit hinwies, gab das lustige Witzchen, das auf einige Stunden den großen Mühsal erlöste, der Heimat zu. Mit Musik und Witzchen von Marktschreibern zog man durch die Straßen der Stadt nach dem Gemeindefesthaus. Hier erholte man sich noch ein Stündchen, was dem Märche und Lied mit dem Schönen, das auch dieses Fest zur Krönung der Kollegialität und Solidarität beigetragen hat.

Unfall. Bei dem Juridisch der Buchdrucker von ihrem Auszuge ereignete sich ein Unfall, der glücklicherweise keine ernstlichen Folgen zeitigte, der aber wieder einmal bewies, daß es Radfahrer gibt, die allzu leichtfertig sind. Innerhalb Punkte geriet ein Radfahrer, trotzdem der Zug mittlerweile auf Abseitsweichen rechts herumging, in die Reihen der Marktschreibern und kam dabei zu Fall. Er hatte außer einigen Kopfverletzungen seinen ernstlichen Schaden erlitten. Nach sofortiger Hilfe durch zwei Mitglieder des Arbeiterkameradenbundes, konnte der Verletzte seine Fahrt fortsetzen, während seine Frau durch den ausgehenden Schreck nicht zu bewegen war, ihr Rad wieder zu besteigen. Dieser Fall beweist mit aller Deutlichkeit, daß man berartige Organisationen, wie den Arbeiterkameradenbund, nicht hoch genug einschätzen kann, und daß sie in jeder Hinsicht finanzielle Unterstützung finden müssen. Man verzeihe uns nicht, in jeder Gewerkschaft einige Mitglieder auszuwählen zu lassen, damit bei derartigen Ausfällen immer gleich Hilfe zur Stelle ist.

Kreis Bernburger.

Abend, 28. Juni. Mitgliederversammlung der SPD. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, statt. Genosse Schütte-Habericht wird den Bericht vom Parteitag geben. Dazu kommen noch andere wichtige Angelegenheiten zur Sprache. Die Werbung neuer Mitglieder und neuer Leiter der Parteizweig (Harzer Volksstimme) muß unbedingt gefördert werden. Es ist somit notwendig, daß alle Mitglieder zu der Verammlung erscheinen.

Aus Halberstadt.

- * Frauengruppe SPD. Wer heute abend Zeit hat, geht nach Mittelstadt.
- * Mit dem Motorrad gefährt ist am Sonnabend nachmittag auf dem Hofmarkt ein junger Mann. Ein Auto, vor dem er den Weg freuzen wollte, konnte noch rechtzeitig halten, sonst wäre er überfahren worden. Der junge Mann rutschte mit seinem Rad, kam zu Fall und war dem Auto zu liegen. Aufser einigen Hautabschürfungen scheint der Unfall keine Folgen hinterlassen zu haben.
- * Ein Kapital Bodenpflanz des Bürgerclubs. Im den Artikel in der letzten Nummer (145) hat sich ein innenstehender Fehler eingeschlichen. Zum Schluß der Eingabe an den Magistrat heißt es: „Ein Preis von 7.— M. je am für das Barandengeld und von 5.— M. für das Gelände zwischen Besseleer Weg und Bedersstraße dürfen angemessen sein usw. Richtig muß es heißen: Ein Preis von 2.— M. je am für das Barandengeld usw.“
- * 2. Sommerausgabe 1927 des Zeits-Auswahles. Die 2. Sommerausgabe des Zeits-Auswahles ist fertig erschienen. Ein dankbarer Leser hat die zahlreichen Bemerkungen, die seit dem Erscheinen der 1. Sommerausgabe in den Jahrgängen der Deutschen Zeitschriften eingetreten sind, die neuesten Jahrgänge der Eisenbahnen in Belgien, Großbritannien und Island, Australien, Island, Zettland, Äthiopien, Finnland, Bismarckgebiet, Italien, Griechenland, Madagaskar, Palästina, Syrien, Ägypten und der Türkei. Der Preis beträgt wie bisher 6.0 M. Bezeichnungen nehmen alle Postämter, die Bahnpost der Deutschen Reichsbahn sowie auch die Sortimentsbuchhandlungen und Preisverleger entgegen. Bei der Bestellung sind beizugeben empfangen, meist falls bei der beschränkten Zahl der Ausgabe auf Bestellung nicht zu rechnen ist.
- * Hoffahrtstag. Die Hoffahrtstagen 1927 im Mitteldeutschlands hießen am Sonnabend, den 25. Juni 1927, im Stadteroberungsdenkmal des Rathauses in Magdeburg eine Verammlung ab. Die Verammlung umfaßte 80 Städte, davon waren 60 vertreten. Außerdem waren noch eine Reihe von Vertretern von Provinzial-Verwaltungen und anderen Behörden anwesend. Die Tagesordnung behandelte die Organisation der Hoffahrtstagen, die Teilnahme an den Anträgen der Organisation der Hoffahrtstagen auf Erhöhung der Unterstützungsschritte, die Hoffahrtstagen für Kriegsgeldbesitzer und Kriegsinvalide, die Forderungen der lokalen Bürger an den öffentlichen Wohnungsbau in den deutschen Städten, besonders Bau von Kleinwohnungen für gesundheitslich und sittlich gefährdete obdachlose Familien, Durchführung und Finanzierung eines solchen Wohnungsbauprogramms, der preussische Polizeireformations. Einige Punkte der Tagesordnung (Schaumwein, Statistik), konnten wegen Mangels an Zeit nicht behandelt werden.

Aus Quedlinburg.

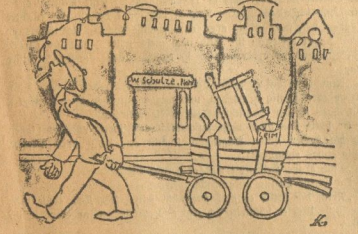
- (SPD.) Am Mittwoch abend 8 Uhr Funktionssitzung in der Hofe. Es soll über die Vorbereitungen zum Parteitag in Suderode eine rege Aussprache stattfinden. Stadtverordnete und Stadträte sind besonders hierzu eingeladen.
- (Frauengruppe SPD.) Am Mittwoch abend Treffen in der Hofe. Gen. Wilsdorf hat den Vortag über Genossenschaftswesen. Es ist beabsichtigt, daß alle Genossinnen erscheinen.
- (Mitgliederversammlung der SPD.) Am Freitag den 1. Juli findet unsere Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr in der Hofe statt. Gen. Erich Hoff gibt den Parteiparteitagbericht. Es ist notwendig, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen.

Kreis Quedlinburg.

- Herzlichen 28. Juni. (Sauglingsfürsorge). Am Mittwoch, den 29. d. Mis., nach 2 Uhr findet im Gemeindebüro eine Sauglingsfürsorge statt.
- (Die Hebung der Krankenentlastungsbeiträge) für den Monat Juni findet am Mittwoch, den 29. d. Mis., vormittags in der Zeit von 10-12 Uhr statt.
- (Das diesjährige Schützenfest) ist vorüber. Die Veranstaltung sowie der Besuch können trotz des kalten Wetters als gut bezeichnet werden. Bester Schütze wurde Oskar Brandt mit 46 Ringen. Bester Schütze im Hirschschützen Otto Deltus mit 30 Ringen. Am Sonnabend fand wie immer ein Kinderfest statt.

Provinz und Nachbarstaaten.

Heilmberg, 27. Juli. Vom Auto angefahren. Ein Arbeiter, der auf seinem Rad von der Arbeit nach Hause fuhr, wurde am Bärenstein Hof von einem aus Heilmberg kommenden Personennauto angefahren und am Kopf verletzt. Der Verletzte blieb bewußtlos liegen und wurde später von Passanten nach Heilmberg



Bfiffig sammelt Erfahrungen

Der Lebensweg eines Menschen in 12 Bildern.

VII.

Die Verlobten beschäftigen nicht, einen langen Brautstand zu führen. Aber bevor Paul nicht geeignete Räume für einen geregelten Beschäftigungsbetrieb hatte, konnte er an Hochzeit nicht denken. Zogelung lief er von Haus zu Haus und fragte, ob nicht geeignete Räume frei wären. Aber alle Wände war vergebens. Seine Sehnsucht war, einen kleinen Laden mit angeschlossenem Werkstatt finden zu können. Aber an diesen Traum seiner idyllischen Wünsche wagte

er nach seinen vergeblichen Bemühungen gar nicht mehr zu denken. Nach wie vor schaffte er zu Hause in seinem Zimmer, welches ihm als Wohn-, Schlaf-, St- und Empfangszimmer, sowie als Tischlerwerkstatt diente. Hier war es auch, wo er noch getrieben Arbeit von kommenden Geld und Wohlstand dachte. Aber was nützen ihm alle diese Träume, wenn die Wohnungsgang nur nicht mit die geringste Erfüllung seines Gewerkschafts. Behnigig betrachtete er eines Tages seine Verlobungsringe. Er dachte an die Fülle der Glückwünsche, die seine Ankerart zur Folge hatte. La kam ihm plötzlich die große Erleuchtung. „L. ist Tot, worum beklagt ich nicht schon längst den einzig richtigen Weg und gab ein Ankerat in der „Harzer Volksstimme“ auf? Wiesend Röhre, wiesend Enttäuschungen und wieviel Herzer hätte ich mir ersparen können!“ Die Zeitung brachte am nächsten Tage folgendes Ankerat:

Kleiner Laden

mit angeschlossenem Werkstatt sofort zu mieten gelüht. Paul Wilsdorf, Halberstadt.

Es ist nicht zu leugnen, daß unter der Fülle der Angebote viele waren, die Paul kurzweilend dem Schichtenleben überantworten mußte. Aber schließlich blieben noch genug übrig, die er zur engen Wahl stellte. Ein Angebot, in dem zu angemessenem Preis ein hübsches Häuschen, zwar klein aber fein, nebst Zimmer, Küche, Wasserloset sowie einer geeigneten Werkstatt offeriert wurde, fand Paul Gehehen und mietete. Als er dann eines Morgens — seine sieben Wochen auf einem Handwagen verflut — an der Wohnung seiner Frau vorbeiging, guckte diese gerade zum Fenster heraus. Auffällig schauung Paul seine Winge und sagte: „Bald wird getrauert, Marie.“ (Fortsetzung folgt.)

Wohnung gebracht. Das Auto, dessen Nummer unbekannt ist, fuhr über sich um den Verletzten zu brennen, davon.

Brandtage, 27. Juni. (Zusammenstoß.) Die von allen Autosfahrern geürte Karne am Ostbahnhof, dem Ortseingang von Bad Salzungen, wurde der Schlingel eines folgenschweren Zusammenstoßes eines der großen Omnibusse mit einem Quadriplex des Führers Bar, hier. Das Auto kam von Salzungen her und der Wagen aus dem Ort. Anfolge der Unübersichtlichkeit der Straßeneinfahrt, die jene Stelle zu Unklarheiten geradezu vorausbestimmt, gerieten beide Gefährte zusammen, und obgleich das Auto voll abgedreht war, drängte es den Wagen beiseite und rief die Pferde um, wobei es zurückfahren mußte, damit die Tiere wieder hoch konnten. Aber kaum hoch, härmten sie mit dem Wagen in rasender Fahrt davon, über die Brücke nach der Glashütte zu. Hier rissen sie die Geigen herab, die nicht schnell genug ausweichen konnte, nieder; die Frau blieb jedoch am Wagen hängen, wurde mitgeführt und überfahren. Mit schweren inneren Kopf- und Handverletzungen blieb die Frau bewußtlos liegen und wurde alsbald in ihre nahebei belegene Wohnung gebracht. Ihr Zustand ist leider bedenklich. Die Pferde gerieten das Gelände an der Wade, ihren Wagen und wurden endlich frei; erst hinter dem Hause Bobelaff konnten sie aufgehoben werden.

Feuer, 27. Juni. (Ein größeres Schadenfeuer.) Brand in dem Grundstück des Landwirts Willgerdt, Wolfstraße, aus. Die Stallgebäude, in denen das Feuer auf noch nicht gelöste Heue ausgebrochen war, brannten in kurzer Zeit nieder. Sämtliches Vieh konnte gerettet werden. Die Feuerwehre mußte sich auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken. Außer der Obersten Wehr war die Salingerode Feuerwehre sowie die Automobilbesatzung von Salzungen am Brandplatz. Mehrere brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Feuerfest, 27. Juni. (Ein 48er Fabne gefunden.) Auf dem Gemeindebüro wurde bei Aufkammerungsarbeiten eine 48er Fabne gefunden. Die Fabne, die die Luftwehr 1848 trägt, wurde von Herrn Rektor Karstädt-Bergh begutachtet. Auffällig war, daß auf dieser Freiheitsfabne der Adler eine Königskrone trug; damit ist unvollständig zum Ausdruck gebracht worden, daß der König sich unter den Schutz seines Volkes stelle. Die aus weißer Seide gefertigte Fabne trägt ferner ein Glänzendes Kreuz, umgeben von einem Gürtelband und schwarz-rot-goldenen Erbsen und Schüßeln.

Magdeburg, 28. Juni. (Schweres Explosionsunglück.) In der Magdeburger Mittelbahnstation von Wöhlner ereignete sich am Montag mittag ein schweres Explosionsunglück. Unter dem Alt-eisen befand sich eine alte Granate, die aus noch nicht gelöster Ursache zur Entzündung kam. Dem auf dem Hofe arbeitende Arbeiter Stadefeld wurde beide Unterschenkel abgeblasen, wobei er in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Leinwand, 27. Juni. (Nach gut gegangen.) Die zwölfjährige Tochter des Hüttenaufsehers R. Gander veranlaßte sich auf der Luftschiffahrt und schwang sich dabei über das übliche Maß hinaus. Während sie vom Schwindeleifert und flog im hohen Bogen aus der Schaul. Schon glaubten die entsetzten Zuschauer, es sei um das Leben des Kindes geschehen — doch wie durch ein Wunder fiel das Mädchen nicht auf den Erdboden, sondern geriet zwischen den Gerüsten aufgespannte Mäse. Auf diese Weise kam sie mit geringen Hautschürfungen davon.

Schiff, 27. Juni. (Der reiche Onkel aus Amerika.) Ein hiesiger Kriegesoldat, der wegen einer Armierung nicht arbeiten konnte und deshalb einen kleinen Hausherden betrieb, um sein Leben kümmerlich zu erhalten, erhielt vieler Leute von Amerika die Nachricht, daß ihm eine Erbschaft von mehreren hunderttausend Mark zugestanden sei. Sogleich stimmt!

Salle, 27. Juni. (Explosion einer Molchine.) In einem Fabrikgrundstück in der Großen Eisenstraße ereignete sich eine Explosion einer Dreieinigungsmaschine. Am Ort stand das Del in hellen Flammen. Das Feuer breitete sich mit rasender Geschwindigkeit aus. Die Feuerwehre erkannte sofort, daß dem brennenden Del mit Wasser nicht beizukommen war und setzte daher die Apparate des neuen Schaumlöschverfahrens ein. Das Feuer hatte sich bereits bis zur zweiten Etage durchgedrungen. Infolge des starken Rauches konnte man nicht bemerkt, daß das Ziel eines Fließenganges durchgebrannt war. Der Fließengang stürzte herab und verurteilte einen Obervernehmer.

Roswig, 27. Juni. (Wild im Kopie im Elfenkittler.) Ein Knabe steckte aus Spielerei den Kopf durch das Gitter am Rathaus. Es gelang ihm aber nicht, den Kopf wieder herauszubringen. Das Gitter mußte mit Stangen auseinandergebrochen werden, um das Kind zu befreien.

Brandtag, 27. Juni. (Ein bemerkenswerter Brand.) Der polnische Landarbeiter Bernhart, der eines Mädchens wegen seinen Freiheitsgenossen Paul auf dem Kornweg Jergig erschlagen hatte und in Halle verhaftet wurde, ist auf dem Transport aus dem Gefängnisweg durch das Vorortstier, nur mit Hemd und Hute bekleidet, gefesselt und entlassen. Dabei fiel er auf die Bahnhofssteige und verlor sich vermutlich schwer. Der ihn begleitende Wachmeister jagt die Mädeln und ließ den Zug halten. Der Flüchtende, dessen Weg Willpuren bezeichnet, war aber schon entkommen. Die von dem Landarbeiter mit einem Selbstmord aufgenommene Verfolgung blieb ohne Erfolg, wahrscheinlich hat er ein gutes Versteck in den großen Getreideböden gefunden. Die Möglichkeit, daß er in seinem Versteck den Tod durch ein dem Auge entsetzten Verletzungen erlitten ist, scheint nicht ausgeschlossen.

Schnitz, 27. Juni. (Gefahrenfeuer.) Die Stadtverordneten beschloßen einmütig die Einführung einer Kassensteuer. Eine Kasse ist in jedem Saale frei. Für jede weitere Kasse sind 30 Mark Steuer zu bezahlen.

Bitterfeld, 27. Juni. (Unverkäuflicher Tod.) Abends wurde im Chausseegraben zwischen der Säurefabrik und Waidendorfer 13jährige Helmut Müller aus Sandersdorf im schwerkranken Zustande von einer Frau aufgefunden. Als diese den Jungen fragte, wo sie ihn gefast, lag er bereits im Sterben. Sie brachte sofort den Polizei-Mitteilung. Die Leiche des Kindes wurde in die Leichenhalle in Sandersdorf eingeliefert. Merkwürdigerweise weist der Körper keinerlei Verletzungen auf. Ob es an der Zerkleinerung der Mast einer elektrischen Stahlfabrikation. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Junge den Mast belegen hat und heruntergefallen oder vom Sturz getötet worden ist.

Rumede, 27. Juni. (Stachelbeeren und Wasser.) Bei den vierjährigen Zwillingen des Bauers Friedrich Böhm stellten sich am vergangenen Donnerstag Erbrechenanfälle ein. Der sofort hinzugekommene Arzt hielt fest, daß das Kind unreife Stachelbeeren gegessen und dann Wasser getrunken hatte. Das lebenswichtige Kind lag unter den Händen der Eltern unter unglücklichen Schmerzen.

Vermischtes. Josephine und Pepito.



Josephine Bafar.

Die berühmte in Paris lebende Regiererin, sollte sich in aller Eile mit dem italienischen Grafen Pepito di Albertini verheiratet haben. So berichtete vor einigen Tagen die Pariser Presse. Das stimmt aber nicht. Der Liebhaber der Kaiserin selbst betrietet zwar nicht die Geschichte mit allen Details, selbst erzählt zu haben, aber Josephine antwortet auf alle Veranlassungen mit neuen Rätheln. Das ist eine kleine Reflekt, wie ich sie von den großen europäischen Künstlerinnen gelernt habe. Sie hat vor dem Vergnügen Nachschuß gegeben, als die ersten Reporter kamen und sie ihnen so schöne Geschichten vorlegte, daß alle Palmen Wilkes sich vor Schaden bogen. Eine Zeitung hat sogar das Bild des Grafen Pepito gebracht, der die braune Pepita geheiratet haben sollte. Drei Tage Reflekt, und ganz umsonst! — Ich hätte nicht geglaubt, daß die Pariser Presse so liebenswürdig ist.

Romanische Wälfenlebe. Eine junge Engländerin, die mit einem internationalen Circus nach Damaskus gekommen ist, macht dort die Bekanntheit eines der angelegentlichsten Bekanntheitsgeheimnisse des Sohnes des Anführers der mächtigen Stommes-Konföderation der Weibchen der irischen Wälfen. Sie beschloß, seinem Anführer Folge zu leisten und als seine Frau in die Zelte seines Stammes zu gehen. Als der britische Konsul in Damaskus davon hörte, glaubte er nicht an die Freiwilligkeit ihres Entschlusses und ließ sie mit Hilfe der französischen Behörden nach Damaskus bringen. Sie erschien aber in Begleitung ihres Bekanntheitsgeheimnisses, und da sie auslegte, daß es sich in keiner Weise um eine Gefährdung handelte und daß sie in freiwilligen Entschluß dem Antrage eingewilligt sei, konnte sie wieder in die Wälfen zurückkehren.

Aus den Zügen eines Strohhais gerettet. Eine aufregende Szene spielte sich kürzlich bei der Landfahrt eines Rildampfers im fongang-Bezir ab. Ein jüdischer Matrose, der während der ruhigen Fahrt auf der Bordwand des Rildampfers „Lobo Bafar“ lag und die Beine herabhängend ließ, wurde plötzlich von einem Strohhais ergriffen und vom Schiff ins Wasser geworfen. Der veranzweifel mit Hilfe rufende Mann wäre früher verloren gewesen, wenn nicht der Gouverneur der Oberen Broving, Compton, der an Bord des Dampfers war, eingegriffen hätte. Er holte sofort seine Flinte, zielte tödtlich und traf das Strohhais, das den Kopf ergriffen während der Matrosen in die Tiefe sinken wollte, tödtlich ins Wasser. Der Unglückliche wurde bewußtlos wieder an Bord geschafft. Er hatte furchtbare Wunden davongetragen. Ein Wein war entsehtlich zugerichtet, und die beiden Hände waren von der Welle durchschnitten worden.

Ein Familienkatastrophe. Eine noch räthselhafte Familienkatastrophe spielte sich in einem Salzburger Stadteil ab. Die 23jährige Tochter der Weberleute Berall unterliegt im Einverständnis mit ihrer Mutter, aber gegen den Willen ihres Vaters, mit dem 27jährigen schlagbar Gärtner Weißer seit einigen Jahren ein Liebesverhältnis. Nach einem verfallenen Streit zwischen dem Vater und dem Besessenen brach Weißer in die Wohnung des Berall ein und verlegte diesen durch Faustschläge so, daß er arbeitsunfähig wurde. Dann wartete mit einer Hülfsfrau Frau Berall aus der Wohnung und wurde sofort mit einem Sanitätsauto in das Hauptkrankenhaus gebracht, wo sie operiert werden mußte. Ihr Mann hielt ihr im Kreis Weiserliche in den linken Oberarm und in die rechte Brustgegend beigebracht, so daß die Gebrüder ausgehten waren. Weber Berall ließ in einer großen Mißthat liegen und tat. Er hatte eine überaus große tiefe Wunde am rechten Ohr bis zum Hinterkopf reichend, hervorgerufen durch einen aus alternterliche Nähe abgegebenen Schuß mit einer Cartenpatrone, wobei eine Explosion erfolgt sein muß. Weißer und seine Geliebte wurden als tatverdächtig verhaftet, da sie widerprechende Angaben über ihren Aufenthalt zu der Zeit des Todes Beralls machten.

Das Unglück auf dem Braunfelsen in Böhlen. Zu dem am Sonnabend schon gemeldeten Unglück auf dem faulenden Braunfelsenwert in Böhlen bei Leipzig wird noch mitgeteilt: Kilometerweit haben Felsen, Klüften und Anlogen des Bergwerks und die beiden Ortsteile Pappendorf und Spahnendorf unter Schlamme in Pappendorf sehen die Häuser teilweise nur noch mit dem Giebel aus dem Schlamme heraus, der bis drei Meter hoch ist. Der Schlamme drückte die Haustüren ein, drang in die Wohnungen und zerstörte die Einrichtungen, so daß die Bewohner auf die Dächer flüchten mußten. Die Katastrophe spielte sich in einem Zeitraum von zwanjig Minuten ab. Sicherheitspolizei und Schuttpolizei sowie freiwillige Feuerwehren und hunderte von Luftautomobilen mit Balken und Brettern, um Ubergänge zu schaffen, fielen an Ort und Stelle. Leider hat die Katastrophe ein Menschenleben gekostet. Eine Frau Seifert aus Pappendorf, die mit ihrem zwanzigjährigen Kinde vor dem Schlamme flüchtete, wurde von einer Schlammelecke erfaßt und rutschte aus. Das Kind fiel in den Schlamme und wurde weggespült. Die Mutter selbst geriet in die Gefahr des Erstickens, konnte aber gerettet werden, während das Kind im Schlamme unterging und bereits tot war, als man es fand.

Gehört der Brief dem Adressaten? Das Pariser „Journal National“ hat in diesen Tagen sich darüber entschieden müssen, ob ein Brief ausschließliches Recht des Empfängers wäre. Es handelte sich um mehrere Schreiben des bekannten Schriftstellers Romain Rolland, die anlässlich einer Autographen-Auktion zum Verkauf angeboten waren. Der Versteigerer protestierte gegen den Verkauf der aus dem Jahre 1912 stammenden Briefe, die gänzlich privater Natur waren, und rief den Schutz der Briefe gegen den Verkaufsfähigkeit. Das Tribunal erließ eine Verfügung, wonach die bewußten Schriftstücke nicht licitiert werden dürfen. Da jedoch die Auktionsliste die Briefe bereits katalogisiert hat, so mußten die selben dem Gericht als Material zu den Akten überwiefen werden. Der Anwalt des Auktionators erklärte, daß gar kein Zweifel darüber möglich sei, daß im Augenblick der Empfangnahme eines Schreibens durch den Adressaten dasselbe ausschließliches Eigentum desselben würde. Sollte Versteigerungsrecht fände ihm darüber zu. Er könne den Brief verkaufen, veräußern, verpfänden und damit tun, was ihm beliebt. Es fände ihm zwar frei, in Auktions-Katalogen zu Verkaufszwecken den Brief zu publizieren, genau so wie die Anpreisung aller zum Verkauf fähigen Gegenstände dem rechtmächtigen Besitzer zufände. Das Gericht stellte sich jedoch auf einem anderen Standpunkt und verurteilte die Einziehung der Auktions-Kataloge, die Auszüge aus den Briefen Romain Rollands enthielten.

Aus dem Gerichtssaal. (Vor dem Einzelrichter.)

Sitzung vom 25. Juni.

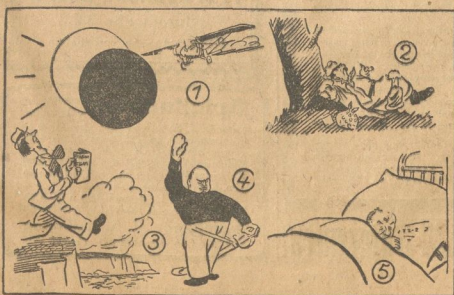
Ein unerfindliches Urteil. Auf der Anklagebank sitzt ein Schwerkranker, der dem rechten Arm amputiert ist. Die Anklage lautet auf Unterschlagung von Geld. Er soll einen Koffer mit Geld, dem hundert und fünfzig Mark enthielten, aus dem Hause eines Bekannten gestohlen haben. Der Angeklagte behauptet, er habe den Koffer in der Wohnung des Bekannten gesehen, aber nicht berührt. Der Richter erließ ein Urteil, wonach der Angeklagte freigesprochen wird, weil er nicht in der Lage war, den Koffer zu heben. Das Urteil ist ein Beispiel für die Unmöglichkeit, die Wahrheit zu ermitteln, wenn die Beweismittel unzureichend sind.

Sport.

Das große Arbeiter-Sportfest in Prag.

Prag, 27. Juni. (G. Drachm.) Das große Turn- und Sportfest der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die zweite „Rebeller“-Olympiade wurde am Sonntag im Prager Stadion bei herrlichem Wetter eröffnet. Als Gäste hatten sich Präsident Masaryk, Ministerpräsident Sebech, Minister Beneš und noch einige andere Regierungsmitglieder eingefunden. Das Programm des ersten Tages war ausserordentlich mit turnerischen Vorführungen des Nachwuchses. 12000 Arbeiter und Mädchen führten diese Vorführungen aus, die mit großer Begeisterung vorerzählt, in einer eindrucksvollen Huldigung der Turnergeneration vor dem Präsidenten Masaryk gipfelten. Zum Schluss wurde zum ersten Mal das große Festspiel, „Durch Arbeit zur Freiheit“ von 2000 Mitwirkenden aufgeführt, das während der gesamten Veranstaltung noch dreimal wiederholt werden wird. Der Mallesabend und die Aufführungen selbst lassen auf einen glänzenden Verlauf der Arbeiter-Olympiade hoffen, der Haupttag soll am nächsten Sonntag beginnen.

Sportklub Siegfried-Wernigerode. Am Mittwoch, den 29. Juni müssen sämtliche Mitglieder des Vereins zur Leistungsprüfung erscheinen. Es darf keiner fehlen. Reichsarbeiterportrat!



Die Sonnenfinsternis und ihre Beobachter.

- (1) Beobachter: „Ich werde garobewegs darauf losstauern.“
- (2) Der Beobachter: „Ich brauch mich nicht zu rühren und werde sie bequem sehen.“
- (3) Ein Dichter: „Ich kann sie nicht beobachten, bin ich doch irgendwie immer ein Stück in die Luft.“
- (4) Wissenschaftler: „Doch sich kein Schatten untersticht, meinen Weg zu kreuzen.“
- (5) Der Spieler: „Sonnenfinsternis? — Ich danke! Was geht mich die Sonnenfinsternis an!“ (Zeichnung aus der „Daily Chron.“)

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Porto, bei Zahlanstaltung 10 Mark. Entgelt rückständig ledig und zwar mit dem 1. des Monats. Die Abnahme der Zeitung ist an den Verleger zu richten. Die Abnahme der Zeitung ist an den Verleger zu richten. Die Abnahme der Zeitung ist an den Verleger zu richten.

Abnahme der Zeitung ist an den Verleger zu richten. Die Abnahme der Zeitung ist an den Verleger zu richten. Die Abnahme der Zeitung ist an den Verleger zu richten.

Nr. 149.

Mittwoch, 29. Juni 1927.

2. Jahrgang.

Der Fall Arensdorf.

In Arensdorf im Kreise Quedlinburg hat wie wir gestern berichteten, ein Verbrechen stattgefunden, das hinterläßt einen Reichsbannermann erschossen und 10 andere verletzt. Es kann sein, daß noch einer der Verletzten an den Folgen des Schusses tobt. Es war ein wohlorganisierter Überfall auf ein Arbeiterheim in Arensdorf, das sich auf das Reichsbanner einbezog. Der Verbrechenstrahler, der die Tat beging, ist ein Arbeiter.

Über der Mordtat. Was hat er riskiert? Wird er unter schwerer Strafe stehen, wie die anderen, die an dem Verbrechen teilgenommen haben, wird er die ganze Strafe des Gesetzes fühlen? Er selbst und seine Kameraden bei diesem feigen Überfall haben es vorher nicht geglaubt, und ob sie es jetzt glauben heraus? Denn die Überfälle erfolgen aus dem Bewußtsein heraus: Es kann mir ja nichts geschehen! Es kann mir nichts geschehen, denn für die republikanische Justiz sind die Reichsbannerleute freimütig.

Das ist die allgemeine Meinung der Tat von Arensdorf, die große Organisation, deren Ziel die Ausbreitung des republikanischen Gedankens, der Schutz der republikanischen Verfassung ist, genießt nicht den Schutz der Gesetzgebung gegen feige Verbrechen von antirepublikanischen, staatsfeindlichen, pulschlichen Verbänden. Die Reichsbannerleute, die stolz die Farben der Republik, die verfassungsmäßigen Reichsbanner durch die Städte und Dörfer tragen, müssen dann rechnen, daß sie ähnlichen feigen Überfällen preisgegeben sind und daß oben in der Justiz der Republik noch den Verbrechen unterworfen wird, die Täter zu denken und die Spitze der Verbrechenstrahler gegen das Reichsbanner zu richten.

Dort im Kreise Quedlinburg, in dem diese Mordtat geschehen ist, ist der Sitz einer Rittergutsbesitzer und ehemaliger Offiziere, die Arbeitgeber und Drabträger der rechtsradikalen Verbände sind. Dort wird die landwirtschaftliche Bevölkerung durch überdrüssigen Terror zu Schrecken und Verwirrung gebracht. Dort blüht die Sebe gegen die Republik, dort wird Schmarotzerei in den Schmutz geblasen. Dort werden die Überfälle auf das Reichsbanner systematisch vorbereitet. Es ist nicht länger Feindschaft, der zur Mordtat gegen Reichsbannerleute geht, ohne die rechtlichen Folgen ins Auge zu fassen. Man weiß dort, daß man die Reichsbannerleute in der Justiz findet, die alles Mögliche aufzubringen werden, um rechtsradikale Täter zu decken und zu entlasten.

Die politische Verwirrung hat nach der Tat von Arensdorf noch das Ihre getan. Der Täter und zwei der rechtsradikalen Protagonisten sind verhaftet worden. Nach in der Nacht ist der Landbesitzer verhaftet worden. Am anderen Tag ist das Dorf Arensdorf in großem Maße nach Waffen und sonstigen Verbrechenstrahler durchsucht worden.

Nun beginnt die Aufgabe der Justiz. Sie beginnt mit einem Akt, der bei allen Republikanern Empörung und Entrüstung hervorruft. Die beiden verhafteten Protagonisten, die den Überfall auf die Reichsbannerleute eingeleitet haben, sind vom Untersuchungsrichter wieder aus der Haft entlassen worden.

Welches Wohlwollen der Justiz gegenüber rechtsradikalen Verbrechenstrahler! Wären es Reichsbannerleute gewesen - mehrere Monate Untersuchungsdauer wäre ihnen sicher. Es geht ihnen wieder los! Diese Haltung des Untersuchungsrichters ist ein kennzeichnendes Merkmal für den kommenden Abstieg des Reichsbanners von Arensdorf.

Hand in Hand mit dieser Justiz arbeitet die rechtsradikale Presse. Der Mörder ist ein Unzurechnungsfähiger, der aus Mitleid gehandelt hat. Natürlich hat er auf eigene Faust geschossen - obgleich das ganze Dorf den Überfall systematisch vorbereitet hat. Am Dorfe Arensdorf, so heißt man in der ganzen nationalen Presse, wohnen überhaupt nur sehr friedfertige Leute. Seine Friedfertigkeit, daß sie bereits im vergangenen Jahre einen Überfall auf Reichsbannerleute organisiert und durchgeführt haben. In Arensdorf wird in der ganzen staatsfeindlichen und gemeingefährlichen Gegend wieder man heute wieder höhnen sagen: Uns geschieht nichts.

Es ist deshalb republikanische Pflicht, mit Fingern auf die Schuldigen an dieser Mordtat zu zeigen. Eine Drabträger der rechtsradikalen Verbände im Kreise Quedlinburg, die hinter dem Verbrechen, die intellektuelle Schuld aber trägt die politische Justiz. Eine Justiz, die immer dann, wenn Reichsbannerleute gegen ähnliche Verbrechen zur Selbsthilfe greifen, überhört ihre Verbrechen wegen Landesverwehrs, die über beide Augen zudrückt, wenn rechtsradikale Verbrechen, die schwerer strafbarer Handlungen schuldig machen. Eine Justiz, die den Stahlhiebmann Magiera in Breslau freigesprochen hat, als er den Reichsbannermann Doktor tollkühn erschossen hat. Diese Sorte von Rechtsprechung wirkt wie Parteinahme und Aufmunterung für rechtsradikale Verbände in ihrem verbrecherischen, mit Mordüberfällen gekrönten Kampf gegen das Reichsbanner.

Seiner Anwalt Schmeißer in Arensdorf, der die üblichen Schliche angewandt hat, soll unzurechnungsfähig sein. Er hat den Angeklagten, er pöbt auf den § 51. Es kann mir nichts geschehen. Er braucht nicht auf den § 51 zu pochen - er hat für sich die Zensur einer gewissen Sorte von Justiz in der deutschen Republik.

Dieser Fall Arensdorf muß der Ausgangspunkt einer von Entrüstung und Empörung getragenen Bewegung gegen die unehrliche Parteinahme der politischen Justiz gegenüber rechtsradikalen Verbrechen werden. Das Reichsbanner will nicht länger freimütig sein für tödliche Mordüberfälle und rechtsradikale Missetaten!

Sozialdemokratische Maßnahmen.

Die Abgeordneten Rudwig und Reiss vom sozialdemokratischen Parteivorstand waren am Montag vormittag bei dem preussischen Innenminister Orsewinski, um ihm über die ungeheure Erregung Mitteilung zu machen, die nicht nur in den Kreisen des Reichsbanners, sondern in der gesamten Arbeiterklasse herrscht über die Arbeitslosigkeit der öffentlichen Wege, welche in der Umgehungsfrage, obwohl die öffentlichen Wege in der Hand der Republik verbleiben, sich als ein Hindernis erweisen. Die Farben der Republik verleiht zu zeigen. Die Vorgänge in Arensdorf, die sich als ein glatter Mord darstellen, hätten leicht dazu führen können, daß die vielen Tausenden in Frankfurt versammelten Reichsbannerleute zur Selbsthilfe gezwungen hätten. Es sei nur den vereinten Bemühungen der verantwortlichen Personen des Reichsbanners und auch ihrer Einwirkung gelungen, Weiterungen, die leicht katastrophale Folgen hätten haben können, zu verhindern.

Der Minister teilte mit, daß er die strengste Untersuchung angeordnet habe und dafür Sorge zu tragen werde, daß die geringsten Verbrechen, soweit irgendmöglich, bestraft würden. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags wird in der Angelegenheit im Landtage sofort interpellieren.

Nationale Lügenbettel.

Berlin, 28. Juni. (Eig. Feuilleton). Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht am der Spitze ihrer Dienstag-Morgen-Ausgabe unter der Überschrift: „Die rote Handlung“ eine Falschmeldung, die von Arensdorf (des Gutsbesitzers von Arensdorf) die eine von Lügen und Verbrechen strotzende Schilderung der Reichsbannerverbrechen enthält. Einige uniformierte Anhänger vormaliger Reichsbanner Verbände, heißt es da, gerieten mit hinter einem Hofstraitwagen fahrenden Radfahrer in Konflikt und ins Handgemachte und wurden von der Hebermatte der vom Hofstraitwagen abgehenden Reichsbannerleute gefangen und verhaftet. Diese Falschmeldung des Junters von Arensdorf schließt: „Wir hoffen, daß dieser traurige Vorfall endlich Veranlassung zu Maßnahmen geben möge, daß die Bevölkerung auf den Dörfern nicht schuldig den Gewalttätigkeiten von außen kommender radikaler Elemente preisgegeben wird.“

Was aber behauptet die „Deutsche Zeitung“? Es ist festgestellt worden, daß in Arensdorf die Reichsbannerleute in überwindlicher Überzahl Dorfbesitzer angegriffen, mit Säcken und anderen Gegenständen gefoltert haben. Die vollendete Verbrechen der Taten sind also bereits fertig. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ gibt eine Darstellung der Gabelung des „Bewarfs“ unter der verlogenen Überschrift: „Reichsbannerüberfall auf die Dorfbesitzer.“ Dabei findet sich jetzt in diesem Bericht der Satz: „Gegen 8 Uhr gerieten drei uniformierte Angehörige des Bewarfs mit hinter einem Hofstraitwagen fahrenden Radfahrer in einen Wortwechsel und gleich darauf in ein Handgemachte.“

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Im letzten Monat wieder um fast 17 Prozent.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung betrug am 15. Juli 1927 rund 598 000 (männlich 480 000, weiblich 118 000) gegenüber rund 648 000 (männlich 523 000, weiblich 125 000) am 1. Juni 1927 und 743 000 (männlich 608 000, weiblich 140 000) am 15. Mai 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1927 betrug also rund 50 000 oder 7,7 Prozent. Die Zahl der Zulassungsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 728 000 auf 664 000 gesunken.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kranksicherungsversicherung ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 zurückgegangen und zwar um weitere rund 18 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juni 1927 rund 208 000 (männlich 167 000, weiblich 41 000) gegenüber 226 000 (männlich 182 000, weiblich 44 000) am 15. Mai 1927.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitlosen steigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 von 966 000 auf 806 000, also um rund 163 000 oder fast 16,8 Prozent verringert.

Die neue Gewerbeordnung.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung soll nach dem Laufe dieses Jahres den Reichstag zugehen. Anzusehen werden die Vorarbeiten für eine Umgestaltung der gesamten Gewerbeordnung, die aus dem Jahre 1869 stammt, eifrig fortgesetzt. Die Ausarbeitung einer neuen Gewerbeordnung wird aber erst nach Berücksichtigung der Arbeitslosenfrage, des Berufsausbildungsgesetzes und des Schlichtungsgesetzes durch die beteiligten Körperschaften erfolgen, da in diesen Entwürfen die wichtigsten Fragen des gewerblichen Arbeitswesens, der Lehrlingsausbildung und des Konjunktionswesens für Schlichtungen vorweg geregelt werden sollen.

Die Novelle zur Gewerbeordnung bringt die Neuregelung einer ganzen Reihe von Bestimmungen der Gewerbeordnung. Dem Reichstag zur Erlaubnis der Verbreitung von Druckschriften für Wahlen zu wahlberechtigten Körperschaften soll auch auf die Wahlen des Reichspräsidenten und auf den Vorkandidat gesetzlich ausgedehnt werden. Ferner sollen Gewerbebetriebe, die bisher völlig frei waren, unter bestimmten Voraussetzungen, wegen Abgabe eines Besondereinstellungsgeldes unterworfen werden. Diese Novelle enthält die Novelle der Vorschriften über Fragen, die bisher überhaupt nicht in der Gewerbeordnung geregelt waren. Neue Bestimmungen sind für Gewerbebetriebe im Umgebungen (Kaufmannhandel in Stadt und Land) vorgelesen. Endlich soll das Messen- und Ausstellungswesen eine völlige Umgestaltung erfahren.



Reichstagsverhandlung.

Montag fand die Reichstagsverhandlung über die Gewerbeordnung statt. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.

Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.

Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.

Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.

Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.

Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.

Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.

Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.

Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion. Die Reichstagsmitglieder waren über die Gewerbeordnung, die die Gewerbebetriebe in Deutschland regelt, in der Diskussion.